

Mein verbleibender Kredit: 12 Punkte.

» **BAZ ONLINE ARCHIV** / SUCHE

[Go To Best Hit]

© **ProLitteris / de Marchi Peter** / Basler Zeitung; **10.05.2005**; Seite 11

buspi

Fast alle Stolpersteine legen Private

Mehrzahl der Beschwerden werden nicht von Verbänden eingereicht

Peter de marchi

Rechtsbürgerliche kritisieren das Verbandsbeschwerderecht massiv. Im Baselbiet stammt allerdings nur gerade ein Prozent aller Beschwerden gegen Baugesuche von Verbänden wie Pro Natura oder VCS.

35 Jahre alt ist das Verbandsbeschwerderecht in der Schweiz. Ob es weitere 35 Jahre in Kraft bleiben kann, ist derzeit höchst ungewiss. Die bürgerlichen Parteien, allen voran die SVP, haben zum Generalangriff auf des Verbandsbeschwerderecht geblasen. Im Visier haben die Bürgerlichen nicht das Recht auf Beschwerde, sondern unliebsame Verbände wie VCS, Pro Natura oder den WWF. Noch hält der Bundesrat am Verbandsbeschwerderecht fest. Bundesrat Joseph Deiss hat allerdings in der vergangenen Herbstsession im Nationalrat bereits «strenge Massnahmen» versprochen, «um die Anwendung dieses Verbandsbeschwerderechtes zu verbessern».

Private und Firmen. Urs **Hintermann**, SP-Landrat aus Reinach, wollte es in einer Interpellation von der Baselbieter Regierung genau wissen. Immer wieder werde über grosse Bauvorhaben berichtet, die durch Beschwerden von Verbänden verzögert oder gar gestoppt wurden, schreibt Urs **Hintermann**. Dadurch entstehe der Eindruck, die Beschwerdeberechtigten würden «wirtschaftsschädigend» handeln und seien die Hauptverantwortlichen, dass in der Schweiz Baubewilligungsverfahren oft lange dauern. Aus eigener Erfahrung aber seien es nicht zur Hauptsache beschwerdefähige Verbände, welche Einsprache oder Beschwerden erheben, sondern Privatpersonen oder Firmen.

Um in dieser Streitfrage jetzt «Fakten statt Meinungen» zu erhalten, will Urs **Hintermann** von der Regierung wissen: Wie viele Einsprachen oder Beschwerden sind im vergangenen Jahr gegen Baugesuche und Planungsvorhaben eingegangen? Wie verteilen sich diese Einsprachen und Beschwerden auf Einzelpersonen, juristische Personen und Verbände?

1352 Einsprachen. Die Zahlen, die der Kanton jetzt geliefert hat, scheinen Urs **Hintermann** Recht zu geben. Zu den Baugesuchen: Im vergangenen Jahr sind insgesamt 1352 Einsprachen eingereicht worden - 1302 von Privatpersonen, 36 von juristischen Personen und 14 von beschwerderechtlichen Verbänden. Das heisst also, dass nur gerade ein Prozent aller Beschwerden auf das Konto von Verbänden geht. Ähnlich zeigt sich die Situation bei Planungsvorhaben von Gemeinden. Bei den insgesamt 83 Einsprachen machen mit 65 wiederum Privatpersonen den Löwenanteil aus, 17 fallen auf juristische Personen und gerade mal eine Einsprache kam von den Verbänden.

«Sehr zurückhaltend». Pro Natura Baselland beispielsweise hat im vergangenen Jahr zwei kleine Einsprachen eingereicht: Die eine zum Schutz von Amphibien bei einer Überbauung in Reinach, die andere gegen eine neue Waldstrasse zwischen Brislach und Zwingen. In beiden Fällen habe man sich bald mit den Bauherren einigen können, sagt Geschäftsführer Urs Chrétien. Pro Natura sei sehr zurückhaltend bei Einsprachen und wolle grundsätzlich nichts vor Gericht erstreiten.

Interpellant Urs **Hintermann** sieht sich mit diesen Zahlen aus der Bau- und Umweltschutzdirektion in

seiner Einschätzung bestätigt. Wenn es den Leuten ernst sei, die gegen das Verbandsbeschwerderecht schiessen, dann müssten sie jetzt ihr Feuer einstellen und sich den wirklichen Problemen zuwenden, sagt **Hintermann**. Und diese Probleme existieren für den Landrat und Reinacher Gemeindepräsidenten im Baubewilligungsverfahren tatsächlich.

VORSORGLICH BESCHWERDE. **Hintermann** nennt das Beispiel Coop, der in Reinach ein Einkaufszentrum von über 1000 Quadratmetern Verkaufsfläche plant. Dazu braucht es einen Quartierplan und ein Baubewilligungsverfahren, und dazwischen geschoben sind noch ein Einwohnerratsbeschluss und eventuell eine Volksabstimmung. Gegen dieses Projekt kann auf jeder Stufe mit den immer gleichen Argumenten und von der gleichen Seite her gekämpft werden. Dazu komme, dass oft Nachbarn grundsätzlich Beschwerde einlegen, oft auch bei Punkten, die eigentlich auf den zivilrechtlichen Weg gehören würden.

Urs **Hintermann** hat zusammen mit seiner Interpellation auch gleich ein Postulat eingereicht, mit der Forderung, das Baubewilligungsverfahren zu straffen. Eine Patentlösung kenne er nicht, und er wolle das Beschwerderecht nicht abschaffen. Aber, sagt er, eine Beschwerde sollte nur einmal und nie «trölerisch» oder nur auf einen Verdacht hin eingereicht werden dürfen. In dieser Einschätzung treffen sich der Sozialdemokrat Urs **Hintermann** und sein SVP-Kollege in Landrat und Gemeinderat Jörg Krähenbühl.

DILEMMA. Auch Krähenbühl will einfachere Abläufe im Baubewilligungsverfahren, hat aber das Ei des Kolumbus ebenfalls noch nicht gefunden. Beim Verbandsbeschwerderecht scheint er mit sich selbst zu ringen. Einerseits stört er sich daran, dass man sich von einem Kanton in Belange eines anderen einmischen kann. Andererseits aber sei er als Vorstandsmitglied des Gewerbe- und des Hauseigentümergebietes Baselland ebenfalls ein Verbandsvertreter - bei zwei Verbänden, die sich politisch ebenfalls einbringen wollen. «Ein Dilemma», sagt Krähenbühl, bei dem er sich nicht allzu stark zum Fenster hinauslehnen wolle.

Juristenfutter. Einsprachen können Bauprojekte verzögern oder verhindern. Nur selten aber kommen sie von Verbänden. Foto Keystone

In der Stadt ist die Situation ähnlich

«Vernachlässigbar klein.» Basel-Stadt hat die Zahl der jährlichen Einsprachen nicht nach Art der Einsprecher aufgeschlüsselt. David Dussy, Leiter des Bauinspektorates, schätzt aber, dass sich die Zahlen aus dem Baselbiet mit denen in der Stadt in etwa decken. 2004 sind in der Stadt 1092 Einsprachen gegen Baugesuche eingereicht worden. Die Zahl der Verbandsbeschwerden sei «vernachlässigbar klein», sagt Dussy. Jedenfalls würden sie vom Arbeitsaufwand her das Bauinspektorat nicht stark belasten. Grundsätzlich diene das Verbandsbeschwerderecht dazu, dort einzugreifen, wo Gesetze des Umweltschutzes oder der Raumplanung nicht eingehalten werden, sagt dazu Jost Müller von WWF Region Basel. In beiden Basel funktioniere die Bewilligungspraxis auf hohem Niveau, zudem könne mit einer konstruktiven Intervention im Vorfeld meist schon einiges erreicht werden. Der WWF wolle konstruktive Lösungen aufzeigen, nicht verhindern. pdm

Suchtipps

Mit dieser Suchmaschine haben Sie Zugriff auf alle in der Schweizerischen Mediendatenbank SMD archivierten Artikel der gedruckten Ausgabe der «Basler Zeitung», der «Basler Agenda» (vormals «Dreiland») und des «Basler Magazins». Fragen und Anregungen zur Suchmaschine: doku@baz.ch

Nutzungsbedingungen

Alle Rechte vorbehalten. Sämtliche Inhalte des Online-Archivs der gedruckten Ausgabe der Basler Zeitung dienen ausschliesslich der persönlichen Information und sind nicht für den kommerziellen Gebrauch bestimmt. Eine Reproduktion und/oder Weiterverwendung der Inhalte über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet. Nachdruck, Aufnahme in Online-Dienste und Vervielfältigung der redaktionellen Inhalte einschliesslich Speicherung und Nutzung auf optischen und elektronischen Datenträgern sind nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung der Chefredaktion gestattet. Wird die Zustimmung erteilt, müssen die Publikation (Basler Zeitung, Basler Agenda oder Basler Magazin) und der Autor explizit erwähnt werden.

